

Rückenwind für Zukunftsfonds

Bundesrat Schneider-Ammann erwartet Ankündigung in den kommenden Monaten

Von Patrick Griesser

Allschwil. Die Schweiz könnte alsbald ein neues Förderinstrument für erfolgversprechende Firmen erhalten: Bundesrat Johann Schneider-Ammann beschwor gestern bei einem Besuch im Actelion-Hauptsitz in Allschwil nicht nur den Pioniergeist von Actelion-Chef Jean-Paul Clozel, sondern stellte auch die Gründung eines Zukunftsfonds Schweiz in Aussicht, durch den Jungfirmen Gelder von Pensionskassen zugänglich gemacht werden könnten. Damit nimmt die Idee des ehemaligen Roche-Topmanagers und Förderers von Jungunternehmen, Henri B. Meier, konkretere Gestalt an.

Die Forderung nach einem solchen Fonds bestehe bereits seit Jahren, sagte der Bundesrat am Rande des «Biotech und Digitization Day», der von der Standortförderin BaselArea.swiss und digitalswitzerland organisiert worden war. Beim Zukunftsfonds handle es sich um ein Projekt, «das günstig unterwegs» sei, sagte der Chef des Wirtschaftsdepartements vor Journalisten. «Ich bin zuversichtlich, dass wir in ein paar Monaten solch eine Lösung präsentieren können.» Unterstützung erhält die Idee auch von Domenico Scala, Präsident von BaselArea.swiss und Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Pro Zukunftsfonds Schweiz: «Ein Zukunftsfonds mit der Ausstattung von 500 Millionen Franken sollte aufgrund der Pensionskassengrössen dieses Landes möglich sein, um in gute Ideen zu investieren.» Ziel des Fonds ist es, Firmen nicht nur in der Startphase zu helfen, sondern auch in der finanziell anspruchsvollen Phase der Produktentwicklung zu unterstützen.

Vorbild USA

Zum Vergleich: In den USA setzen Pensionskassen rund fünf Prozent ihrer Mittel als Wagniskapital ein, wie es auf der Seite der Stiftung Zukunftsfonds heisst. In der Schweiz liege dieser Wert im tiefen Promillebereich. US-Pensionskassen erreichten mit ihren Investitionen über den Zeitraum von 30 Jahren durchschnittliche Renditen von zwölf bis 18 Prozent. Hierzulande fehlt es hingegen an Wagniskapital aus der Schweiz, wie erst vor Kurzem Jürg Zürcher, Life-Sciences-Experte der Unternehmensberatung EY, während eines Branchentages für Biotech-Firmen festgehalten hat. Scala erhofft sich Schwung für den Standort: «Es muss im Interesse der Schweiz sein, dass sich diese Investitionen rentabilisieren und dass sie in der Schweiz bleiben.»

Beim Zukunftsfonds handle es sich nicht um einen Staatsfonds mit öffentlichen Geldern oder um eine staatliche Trägerschaft, betonte Schneider-Ammann. Der Bund trete vielmehr als Ermöglicher auf und führe die Verantwortlichen zusammen. Zudem solle der Kontakt zu den Hochschulen wie ETH und EPFL sichergestellt werden.

Schneider-Ammann und Bundesrat Alain Berset hatten mit Vertretern der Schweizer Finanzindustrie im Dezember eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, wie es in einer Mitteilung der Stiftung Pro Zukunftsfonds Schweiz heisst. Für die Stiftung handle es sich dabei um einen weiteren Schritt in Richtung Umsetzung der im Dezember 2013 von Ständerat Konrad Graber eingereichten Motion «Langfristanlagen von Pensionskassen in zukunfts-trächtige Technologien und Schaffung eines Zukunftsfonds Schweiz».

Anfang Mai hatten zudem Vertreter des Zukunftsfonds auf Einladung des Bundesamts für Sozialversicherungen und des Schweizerischen Pensionskassenverbandes (Asip) die Idee des Zukunftsfonds mit 120 Vertretern von Vorsorgeeinrichtungen diskutiert. Vorgestellt wurde die Idee eines Dachfonds, mit dem die Pensionskassen die Risiken von Direktinvestitionen in Venture-Capital vermeiden könnten.

Ein ewiger Kreislauf?

Der Zukunftsfonds selbst soll laut Bundesrat Schneider-Ammann wie ein Perpetuum mobile funktionieren, also wie ein ewiger Kreislauf, der, einmal in Gang gebracht, sich aus Beiträgen speist, die an junge Unternehmen ausgeschüttet werden und wieder an den Fonds zurückfliessen, wenn diese Firmen Erfolg haben. «Es muss mehr sein als ein Tropfen auf den heissen Stein», sagte Schneider-Ammann gestern, der sich einen wesentlichen Beitrag erhofft, um Start-ups aus der Taufe zu heben.

Der Zukunftsfonds verfolgt einen branchenübergreifenden Ansatz. «Die Life Sciences haben jedoch eine starke Prädisposition für diese Investments, da die Entwicklungszyklen lange dauern», sagte Scala. Dies sei eine ideale Voraussetzung für die ebenfalls langfristig orientierten Pensionskassen.



Mehr als ein Tropfen. Jungfirmen in der Schweiz sollen von langfristiger Förderung profitieren, um Produkte auch zur Marktreife zu bringen. Foto Keystone

Grosse Pharmakonzerne verlieren an Dynamik

Zürich. Die grossen Pharmafirmen wachsen zu langsam. Das ist das Ergebnis einer gestern veröffentlichten Analyse des Beratungsunternehmens EY, das sowohl bei den Umsätzen als auch bei den Forschungsausgaben Rückgänge registriert. Roche mit 7,88 Milliarden Euro und Novartis mit 6,43 Milliarden Euro gaben laut EY in absoluten Zahlen im vergangenen Jahr am meisten für die Forschung aus. Allerdings nahm unter den 21 grössten Pharmaunternehmen die Dynamik bei den Forschungsmitteln ab: Während die Steigerung von 2014 auf 2015 noch bei 8,6 Prozent lag, betrug diese im Jahresvergleich zuletzt nur noch 3,9 Prozent und belief sich auf gesamthaft 80,7 Milliarden Euro. Bei den Umsätzen zeigt sich ein ähnliches Bild, wie die Analyse des Beratungsunternehmens zeigt. Betrug die Steigerung bei konstanten Wechselkurs-

sen von 2014 zu 2015 noch 4,6 Prozent, waren es im Vorjahresvergleich nur noch 3,1 Prozent Umsatzwachstum über alle 21 Unternehmen hinweg, die gesamthaft 445,4 Milliarden Euro Umsatz gemacht haben. 2015 hatten noch Währungseinflüsse das Wachstum angetrieben: Das Umsatzplus bei den grossen Unternehmen lag damals bei den jeweiligen Wechselkursen bei 19,5 Prozent, im vergangenen Jahr betrug es nur noch 2,6 Prozent. «Nun wird noch deutlicher, dass Big Pharma ein Wachstumsproblem hat. 2016 konnte die Mehrheit zwar Umsatzzuwächse verzeichnen, bei sechs der 21 Unternehmen gingen die Umsätze allerdings zurück», wird Gerd Stürz, Life-Sciences-Experte bei EY, zitiert. Vorsichtige Entwarnung gibt EY derweil angesichts einer Studie des US-Vermögensverwalters Bernstein, wonach die Unternehmen wegen einer weiteren

Patentklippe in den kommenden drei Jahren mit Umsatzeinbussen rechnen müssten. Rund 40 Medikamente mit einem Umsatz von rund 60 Milliarden Dollar würden demnach den Patentschutz verlieren, so Medienberichte. «Generell sehen wir derzeit eine weit geringere Gefahr als noch vor vier bis fünf Jahren, dass es zu einem signifikanten Einbruch von Pharmaumsätzen kommen könnte wegen vieler gleichzeitig auslaufender Patente. Zudem können biotechnologisch hergestellte Produkte nicht so rasch und einfach ersetzt werden wie die klassischen chemischen Produkte», hiess es bei EY auf Anfrage. Zudem seien die Pipelines gut gefüllt, sodass neue Umsätze nachkommen würden. Zwar existiere noch Aufholpotenzial gegenüber dem Gesamtmarkt, aber mit einem dramatischen Einbruch der Umsätze rechnen die Experten von EY nicht. pg

Actelion erhält neue Chefin

Betriebschef Schwarz geht

Allschwil. Der US-Konzern Johnson&Johnson installiert beim Biotechunternehmen Actelion nach Abschluss der Übernahme eine Chefin aus den eigenen Reihen: Jane Griffiths übernimmt als «Global Head». Sie leitete seit 2011 die Geschäfte der J&J-Tochter Janssen in der Region Europa, Naher Osten und Afrika. Griffiths soll nach dem Abschluss der Übernahme, der Ende des zweiten Quartals erwartet wird, das Ruder bei Actelion übernehmen, wie die Biotechfirma gestern Abend mitteilte. Der bisherige Unternehmenschef Jean-Paul Clozel wird künftig das neue Forschungsunternehmen Idorsia leiten, das im Zuge der Übernahme von Actelion abgespalten wird.

Weiter wird Betriebschef Otto Schwarz nach Abschluss der Transaktion das Unternehmen verlassen, wie es weiter hiess. Er werde den neuen Besitzern jedoch noch während eines Jahres als Berater zur Verfügung stehen. Der Österreicher Schwarz amtierte seit Anfang 2008 als Leiter Business Strategy and Operations. Mitte 2011 übernahm er als Betriebschef (COO) zusätzlich die Verantwortung für Unternehmensdienstleistungen, Qualitätsmanagement und Kommunikation. Er hatte zuvor verschiedene Aufgaben im Konzern wahrgenommen.

Die Berufung von Schwarz als COO war Teil eines Umbaus, mit dem Bedenken von Investoren begegnet werden sollte, welche die Machtfülle von Mitgründer Clozel kritisiert hatten. Clozel dankte Schwarz gestern in einer Mitteilung für dessen Verdienste: Unter seiner Führung sei das Medikament Tracleer zu weltweiter Bekanntheit aufgebaut worden.

J&J übernimmt Actelion über die Tochter Janssen für 30 Milliarden Dollar. Bis zum Vollzug der Übernahme wird noch der bisherige Verwaltungsrat unter Präsident Jean-Pierre Garnier im Amt bleiben. Danach übernimmt eine neue Mannschaft unter dem neuen Präsidenten Ludo Ooms. SDA/pg

Winter führt künftig Stiftung von Syngenta

Organisation auch nach Übernahme gesichert

Basel. Die Stiftung für Nachhaltige Landwirtschaft von Syngenta steht ab September unter neuer Leitung: Simon Winter ist zum neuen Geschäftsführer ernannt worden. Er folgt auf Marco Ferroni, der nach zehn Jahren an der Spitze der Stiftung in den Ruhestand gehen wird. «Die Neubesetzung der Geschäftsstelle mitten in der Übernahmephase unterstreicht, dass Syngenta in jeder Hinsicht Syngenta bleiben wird – auch nach Ende der Transaktion», sagte Stiftungspräsident und Syngenta-Präsident Michel Demaré gestern auf Anfrage der BaZ.

Demaré betonte, dass der Statuts der Stiftung und deren Finanzierung auch im Übernahmevertrag mit dem chinesischen Staatskonzern ChemChina schriftlich verankert worden sei: «ChemChina steht voll hinter der Syngenta-Stiftung. Die neuen Eigentümer werden nun zusammen mit uns Kleinbauern in aller Welt – neu auch in China – unterstützen», so Demaré.

Ein Brite an der Spitze

Der neue Stiftungsdirektor Simon Winter ist britischer Staatsbürger, der nach einem Wirtschaftsstudium an der Universität von London Stationen bei der Unternehmensberatung McKinsey, als Berater eines Ministeriums in Botswana und internationale Einsätze für die Barclay's Bank durchlaufen hat, ehe er zuletzt am Mossavar-Rahmani Center der Harvard Kennedy School of Government gearbeitet hat.

Der Präsident des Stiftungsrates bleibt weiterhin Michel Demaré, der Marco Ferroni für dessen Einsatz für die Stiftung dankte. Diese habe unter Ferronis Leitung in den vergangenen Jahren ihren Einfluss erweitert. pg

Dufry-Grossaktionär HNA Group baut Anteil auf fast 21 Prozent aus

Analysten halten Übernahme des Reisedetailhändlers für möglich

Basel. Der chinesische Mischkonzern HNA Group hat seinen Anteil am Basler Reisedetailhändler Dufry weiter ausgebaut. Neu halten die Chinesen, die vor wenigen Monaten den Airline-Caterer Gategroup vollständig übernommen haben, einen Anteil von 20,92 Prozent. Bisher war ein Anteil von 16,79 Prozent gemeldet.

Erreicht wurde die Meldegrenze bereits am 5. Mai. Wie einer am Samstag publizierten Beteiligungsmeldung der Börse SIX zu entnehmen ist, hält HNA zudem eine Veräusserungsposition von 4,73 Prozent. Dufry hat den Einstieg von HNA Ende April bekannt gegeben. Die chinesische Gruppe könnte Dufry dabei helfen, die verhältnismässig geringe Präsenz im wichtigen Markt China zu stärken, hiess es. Dufry betreibt in China bereits einige Läden im Duty-paid-Bereich.

Anlässlich der Präsentation der Quartalszahlen Anfang Mai gab Konzernchef Julian Diaz zu Protokoll, dem neuen Grossaktionär grundsätzlich positiv gegenüberzustehen. Kontakte habe es aber noch keine gegeben. Punkto Grösse und mit Blick auf die scheinbar «unendlich tiefen Taschen» sei HNA eine Vollübernahme durchaus zuzutrauen, schrieb die Zürcher Kantonalbank damals in einem Kommentar. Auch andere Analysten gehen davon aus, dass HNA auf lange Sicht eine freundliche Übernahme anstrebt. Vor erst werde sich die Gesellschaft aber auf die Unterstützung beim Ausbau des China-Geschäfts und auf einen Sitz im Verwaltungsrat beschränken.

Die Dufry-Aktien haben seit Jahresbeginn bereits rund 34 Prozent zugelegt und gestern kurzzeitig mit 172 Franken ein neues Allzeithoch markiert. SDA/che

Novartis bei GSK im Gespräch

Briten wollen Joint Venture allein

Basel/London. Novartis könnte eine Offerte für seinen Anteil an dem Joint Venture mit dem britischen Glaxo-SmithKline (GSK)-Konzern erhalten. Wie *The Times* berichtete, bereitet GSK seine Aktionäre auf eine Ausweitung der Gesundheitssparte (Consumer Healthcare) vor. Die Zeitung bringt eine Summe von acht Milliarden Pfund (10,3 Milliarden Franken) ins Spiel. Bei Novartis selbst heisst es auf Anfrage der Finanznachrichtenagentur AWP, man kommitiere Spekulationen nicht.

Laut *Times* hätten führende Aktionäre des britischen Pharmakonzerns angegeben, GSK habe sie darauf vorbereitet, dass man den Schweizer Partner aus dem Gemeinschaftsunternehmen herauskaufen wolle. Novartis hält den Angaben zufolge 36,5 Prozent an dem Joint Venture für nicht rezeptpflichtige Gesundheitsprodukte. SDA

IWF kritisiert Deutschland

Höhere Löhne angemahnt

Berlin. Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert von Deutschland Steuerentlastungen sowie höhere Löhne und zusätzliche Investitionen. «Der zur Verfügung stehende finanzielle Spielraum sollte genutzt werden für Initiativen, um das Wachstumspotenzial ebenso zu verbessern wie Investitionen in die Infrastruktur und Digitalisierung, Kinderbetreuung, Flüchtlingsintegration und für eine Senkung der Steuerlast auf Arbeit», heisst es in den gestern vorgelegten Empfehlungen für Deutschland. Darin wird zugleich betont: «Ein nachhaltiger Anstieg der Löhne und Inflation in Deutschland ist erforderlich, um die Preissteigerung in der Eurozone anzuheben und eine Normalisierung der Geldpolitik zu erleichtern.» Der IWF forderte zudem erneut einen Abbau der hohen deutschen Handelsüberschüsse. SDA